

antwortung als Staatsbürger wahr, der selbst an der Ausübung der politischen Macht teilhat. Wie es im Interesse der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates liegt, daß der Bürger durch Meinungsbildung und Meinungsäußerung zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse beiträgt, so hat der Bürger ein echtes Interesse an fundierter Meinungsbildung und Meinungsäußerung zu den Belangen dieser, seiner Gesellschaft. Real ist somit das Recht auf freie Meinungsäußerung, weil die sozialistische Gesellschaft, deren Lebenskraft auf der bewußten Mitarbeit der Werktätigen beruht, zu ihrer Weiterentwicklung der freien Meinungsäußerung der Bürger bedarf, und zwar zu den wesentlichen Problemen des Lebens und der Gestaltung der Gemeinschaft; es ist real, weil die Meinung der Bürger gefragt ist, weil sie gesellschaftliche Beachtung findet und gesellschaftlich effektiv ist.

Unter den Bedingungen der monopolkapitalistischen Herrschaft dagegen ist die Freiheit der Meinungsäußerung - soweit sie nicht im Prozeß der Faschisierung unverhüllt beseitigt wird - unreal und illusionär. Setzt die staatsmonopolistische Herrschaft doch voraus, daß der Bürger zum politischen Analphabeten degradiert, daß er von der Leitung des Staates ferngehalten und daß er gehindert wird, zur Erkenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeiten vorzudringen und die Gesellschaft nach diesen Erkenntnissen zu gestalten. Der monopolkapitalistische Staat beläßt die Bürger in der Illusion der freien Meinungsäußerung, solange sie nicht von ihr Gebrauch machen, um die Existenzberechtigung und -grundlagen des Ausbeutersystems und der imperialistischen Herrschaft anzugreifen. Zum Herrschaftsinstrumentarium des Imperialismus gehört das ausgebaute System der Manipulierung des Menschen. Dabei sind vor allem die monopolistischen Massenmedien in den Dienst der Aufgabe gestellt, eine solche manipulierte „Freiheit der Meinungen“ zu suggerieren, hinter der sich doch nur die Meinungsmache für das imperialistische Regime und seine Ziele verbirgt. Zugleich werden solche Themen in der öffentlichen Diskussion hochgespielt, die für die Existenz und Politik des Monopolkapitals belanglos sind und das Volk von den wesentlichen Fragen ablenken. Meinungsäußerung und Meinungsstreit zu Scheinproblemen sind ein bewährtes Mittel, um Meinungsäußerung und Meinungsstreit zu den echten Problemen der Gesellschaft nicht aufkommen zu lassen. Sobald jedoch die Bürger die Freiheit der Meinungsäußerung im Sinne echter demokratischer